

der Wohnung – zur Disposition steht, hechtelt die FDP beiden Großparteien hinterher.

Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, immerhin, verteidigt das alte Freiheitsrecht mit dem Argument, daß den Bossen der hochkonspirativen Mafia-Banden auch mit feinsten Technik nur in Ausnahmefällen beizukommen sei. FDP-Chef Kinkel: „Der große Lauschangriff nimmt sehr viel, aber er gibt wenig.“

Doch die Front der Grundrechtshüter wackelt. Eine Mehrheit in der stets rechts von der Partei marschierenden Bundestagsfraktion ist längst der Ansicht, die FDP solle keine falschen Prinzipien reiten.

Schließlich seien, so wurde auf der jüngsten Klausur in Nürnberg vorgetragen, zwei Drittel der liberalen Wähler dafür, Gangster auch mit Hilfe von Wanzen im Schlafzimmer zu überführen.

Beim Streit um den Lauschangriff leisten die Liberalen hinhaltenden Widerstand. In der Kontroverse ums Geldwäschegesetz geraten sie gleichermaßen in Not. Und da schallt der FDP aus Union und SPD der Vorwurf entgegen, sie mache Klientelpolitik.

Denn am Widerstand der Liberalen ist bisher gescheitert, den Schwellenwert für identifizierungspflichtige Banktransaktionen von 25 000 auf 15 000 Mark herabzusetzen und auch verdächtige Geldeinzahlungen, die Anwälte oder Wirtschaftsprüfer für ihre Mandanten tätigen, von den Strafverfolgungsbehörden kontrollieren zu lassen.

Das Dilemma der FDP: Die Teilhabe an der Regierung kann sie nicht ernsthaft aufs Spiel setzen. Geht sie Kompromisse ein, verstößt sie gegen liberale Grundsätze und gegen die Interessen ihrer Stammwähler.

Bis zum Jahresende geben sich die liberalen Wahlstrategen jetzt Zeit, der FDP mehr Profil zu verpassen. Danach, so ihre Vermutung, seien „Einschätzung und Werteorientierung der Bürger im wesentlichen abgeschlossen“. Die für die FDP entscheidende Koalitionsfrage soll „erst zu einem möglichst späten Zeitpunkt erfolgen“.

19 Wahlen 1994 in den Ländern und im Bund – jedes Ergebnis bestimmt den Ausgang der jeweils nächsten Wahl mit. Und, so die Überlegungen der liberalen Wahlstrategen, sollte die FDP bei den ersten Landtagswahlen „große Einbrüche verzeichnen, wird auch mit viel Geld und viel Engagement“ der Ruf der Verliererpartei nicht abzuschütteln sein.

Was schmerzt

Kann Kohls Kandidat Heitmann die Wahl zum Präsidenten gewinnen? Selbst der Kanzler hat Zweifel.

Der Bundeskanzler verfügte, der von ihm eingesetzte Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten sei bis auf Widerruf vor Journalisten und vor sich selbst zu schützen. Steffen Heitmann erhielt einen Maulkorb.

Offizielle Begründung des Kanzleramts für das Schweigegebot: Heitmann solle sich erst einmal bei CDU und CSU bekanntmachen.

Reporter, die sich beim Bunten Abend des Berliner CDU-Parteitags in der vorigen Woche dem Nobody aus Dresden nähern wollten, wurden von Parteisprecher Rolf Kiefer gestoppt: Mit dem Mann könne nicht geredet werden. Einem hartnäckigen Nachrichtermann drohte Kiefer mit Ordnerereinsatz, die CDU habe „hier das Hausrecht“.

Der Kandidat allerdings verspürt Rede- und Rechtfertigungsdrang. Erst wurde ein Interview veröffentlicht, das er der spanischen Zeitung *El País* gewährt hatte. Dann schrieb er dem *SPIEGEL* einen Brief (siehe Kasten Seite 22), und auch die *Süddeutsche Zeitung* bekam Heitmann zum Interview.

Im Gespräch mit fünf spanischen Journalisten kurz vor dem Parteitag hatte Heitmann sogar gegen das oberste Gebot verstoßen, den Kanzler zu kritisieren: Er bekrittelt die Europa-Politik seines Chefs. Der Maastricht-Vertrag sei nicht das Ergebnis einer großen Debatte, „sondern von oben verordnet worden“. Europa müsse aber „von unten wachsen, von den Bürgern her“.

Maastricht-Gegnern in der CSU wie Edmund Stoiber und Peter Gauweiler sprach Heitmann zwar aus dem Herzen. Aber sagen darf Kohls Mann das nicht mehr. Die spanischen Journalisten, hieß es im Kanzleramt, hätten Heitmann mißverstanden.

Mißverstanden hat ihn wohl auch die *Süddeutsche Zeitung*. Originalton Heitmann: Merkwürdig an Deutschland sei,

daß es ein paar Bereiche gibt, die ... tabuisiert (sind). Dazu gehört das Thema Ausländer, dazu gehört das Thema Vergangenheit Deutschlands; die Nazi-Vergangenheit, dazu gehört das Thema Frauen. Ich glaube, man muß versuchen, auch dem Normalbürger eine Stimme zu geben in diesen Debatten.

Was Heitmann damit meint, möchte Rita Süßmuth ausloten. Sie will „in nächster Zeit“ gemeinsam mit der Spitze der CDU-Frauen-Union Heitmann zu seinen frauenfeindlichen Aussagen vernehmen.

Bei Arbeiten am Entwurf des neuen CDU-Grundsatzprogramms war die Bundestagspräsidentin Ende August mit Heitmann aneinandergeraten. Süßmuth verlangte Konkretisierungen in der Passage zur Gleichberechtigung der Frau. Kommissionsmitglied Heitmann lehnte ab. Fauchte Süßmuth: „Sie haben ein völlig falsches Frauenbild.“



Der Kandidat



tz, München

Ja, ja, nein, nein

RUDOLF AUGSTEIN

Dann bestand die Christdemokratie auf eindeutigen Aussagen zur Gewalt gegen Kinder. Heitmann war dagegen: Das gehöre nicht in ein Grundsatzprogramm.

Kohl würde den schwadronierenden Ostdeutschen, der „die Mutterschaft wieder mehr ins Zentrum der Gesellschaft rücken“ möchte, am liebsten unter Kuratel stellen, weil bei der Präsidentenwahl für den Kanzler viel auf dem Spiel steht. Sein Mann hat einstweilen keine Mehrheit in der Bundesversammlung. Zwar wurde Heitmann nach ein paar dürftigen Sätzen auf dem CDU-Parteitag stürmisch gefeiert; auch die CSU-Stimmen dürften ihm sicher sein. Heitmann soll den Bayern helfen, ihren Wahlkampf rechts von der Mitte zu gewinnen.

Aber je deutlicher Heitmann als Rechtskonservativer auftritt, desto schwerer wird den Liberalen die Zustimmung

Was tun, wenn Genscher doch noch kandidiert?

fallen. Wollen die Freidemokraten bei liberalen Wählern, vornehmlich bei Frauen, glaubwürdig bleiben, können sie nicht für den Sachsen stimmen.

FDP-Generalsekretär Werner Hoyer sieht „keine Mehrheit für Heitmann“. Es werde noch „völlig neue und überraschende Entwicklungen geben“, die FDP müsse auf jeden Fall „mit einem eigenen Kandidaten ins Rennen gehen“.

FDP-Chef Kinkel steckt in der Klemme. Ein Ja zu Heitmann käme auch einer längerfristigen Absage an die SPD gleich. Ein FDP-Vorsitzender, der Optionen für einen Umstieg seiner aufs Mitregieren abonnierten Partei nicht vorweisen kann, hat keine Zukunft.

Verweigert die FDP bis zuletzt dem CDU-Kandidaten ihre Unterstützung, fiele der Kandidat des Kanzlers in der Bundesversammlung durch – Kohl und seine Koalition gerieten mitten im Superwahljahr 1994 ins Schleudern.

Die Lage ist verfahren wie selten bei einer Bundespräsidentenwahl. Kein Kandidat scheint auf Anhieb mehrheitsfähig.

FDP-Kinkel brachte überraschend wieder die Kandidatur von Hans-Dietrich Genscher ins Spiel und behauptete, der populäre Altstar befinde sich erneut in einer „Phase neuen Nachdenkens“. Die SPD präsenzierte Johannes Rau. Da geriet der Kanzler, der eigentlich bis in den Spätherbst hinein klärende Gespräche mit CSU, FDP und SPD führen wollte, in Zugzwang.

Bundespräsident von Weizsäcker mochte öffentlich seinen Groll über das Durcheinander kaum noch verhehlen: Er könne nur hoffen, daß die Verantwortlichen in der Lage seien, „die Kontinuität eines unbeschädigten Amtes durch die

Als Hans-Dietrich Genscher im Mai 1992 seine Partei- und Regierungsämter aufgab, hatte er mit seinen 65 Jahren dazu jedes Recht. Nur Bismarck war länger Außenminister eines großen zivilisierten Staates gewesen.

Er hatte genug geleistet; und so ganz gesund ist er ja nicht. Jedem, der es hören, und jedem, der es nicht hören wollte, beteuerte er dies: halb, keinesfalls werde er Bundespräsident werden.

Nun folgt ihm aber sein Genscherismus-Schatten. Es gab kaum einen politisch interessierten Menschen, der nicht den Verdacht hegte, Genscher wolle sich durch dauerndes Dementieren so lange im Gespräch halten, bis er von Volkes Stimme und mangels anderer Kandidaten gerufen würde – so als ob es beim Amt des Bundespräsidenten auf die Gesundheit nicht so ankäme, und auf die Termine noch weniger.

Sollte er seiner Gewohnheit nachgegeben haben, sich alle Hintertüren offenzuhalten, wo man ihn doch am Hauptportal erwartete, so könnte er sich, vielleicht zum erstenmal, verrechnet haben. Schluß ist nun mit aller Trickerei. Jetzt, diese Woche noch, muß er sich erklären. Er darf Klaus Kinkel, seinen Nachfolger im Parteivorsitz und im Außenministerium, nicht mehr herumeiern lassen, muß seinen ureigenen Genscherismus nun desavouieren.

Wenn er, wie etwa Hans-Jochen Vogel, also eisernt entschlossen war, unter keinen Umständen Bundespräsident zu werden – warum hat er das seiner Partei nicht rechtzeitig und eindeutig gesagt? Wollte er aber vom Volk gerufen werden, dann hätte er in der vergangenen Woche diesen Zug verpaßt. Johannes Rau hat inzwischen zu verstehen gegeben, aus welchen Gründen immer, er würde wohl wollen, und die SPD muß das respektieren.

Helmuth Kohl hingegen hat seine Partei so sehr auf den sächsischen Justizminister Steffen Heitmann festgelegt, daß er ohne schlimmste Blessuren da nicht mehr rauskann. Er wird sich erinnern: Der Abstieg seines Großvaters Adenauer begann 1959 mit dessen Bundespräsidenten-Spiel.

Vor wenigen Monaten noch hätte Kohl Hans-Dietrich Genscher das Amt anbieten können, ohne das Risiko, daß der dann tatsächlich angetreten wäre. Heute kann er dieses Angebot wohl kaum wiederholen. Das würde zu Recht als Führungsschwäche ausgelegt, und selbst die CSU würde ihm dann von der Fahne gehen. Stimmen aber hat Kohl im Superwahljahr 1994 nicht zu verschenken.

Nur wer ist Steffen Heitmann? Das wußte man aber auch bei Heinrich Lübke (1959 bis 1969) nicht. Gewählt wurde er gleichwohl. Daß Heitmann weithin unbekannt war, kann nicht verwundern. Es gibt inzwischen allerdings Zitate, die auch CDU-Wähler verschrecken könnten.

Genscher würde sich den (zu) knappen Fähnrisen einer Ampel-Koalition wohl nur ungern aussetzen, nicht zuletzt, weil seine eigene Partei dabei Bauchschmerzen hätte.

Sie könnte ihn jetzt noch in dieser Woche offiziell vorschlagen, so würdig wie Heitmann ist er allemal. Nur müßte die FDP ihn geschlossen unterstützen, und er selbst müßte, ihm ungewohnt, geschlossen vor und geschlossen hinter sich stehen.

Genscher ist vermutlich heute noch der populärste Politiker, die Bundespräsidenten werden in die demoskopischen Befragungen ja nicht einbezogen. Nur wird ihn nicht der Populus, die Summe aller stimmberechtigten Bürger also, wählen, sondern die jeglicher Kungelei zugängliche Bundesversammlung. Ihre Zusammensetzung kann sich bis zum Wahltag noch ändern – einige wenige Stimmen können, wie bei der Wahl Gustav Heinemanns 1969, den Ausschlag geben. Bei dieser Aussicht wird allen Beteiligten mulmig.

Nicht nur Genscher hätte, auch Kohl hat dann den Zug verpaßt. Namens der gesamten FDP müßte Kinkel, den Kandidaten fest hinter sich im Sattel, das Pferd mit Aplomb über die Hürde bringen.

Wenn Genscher nicht Bundespräsident werden will, kann das jeder verstehen. Aber erklären muß er sich, und zwar jetzt, muß ja oder nein sagen. Alles andere wäre von Übel.

Dies ist der Stoff, aus dem die Krisen sind, hausgemacht à la Kohl.

Erledigung der Aufgabe, einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin zu bestimmen, zu wahren“.

Im CDU-Präsidium zeigte sich Kohl entschlossen, auf jeden Fall an Heitmann festzuhalten. Sollte sein Mann ohne Mehrheit bleiben, stehe die CDU als Partei der Einheit dennoch nicht schlecht da bei den ostdeutschen Wählern. Denn sie habe ja wenigstens versucht, einen von drüben zum Staatsoberhaupt zu machen.

Über die anderen schlimmen Folgen mochte er in dem von Kohl-Gegnern durchgesetzten Führungsgremium nicht reden. Darüber sprach er mit engen Vertrauten.

Eines der Szenarien dieser Runde: Genscher tritt an als vierter Anwärter neben Heitmann, Rau und Jens Reich, dem Kandidaten von Bündnis 90/Die Grünen. Keiner der Kandidaten er-

reicht im ersten Wahlgang die erforderliche absolute Mehrheit. Verzichten dann zwei der Heitmann-Konkurrenten, kann der Kandidat einer rot/grün/gelben Ampelmehrheit in der Bundesversammlung das Rennen machen. Bewerber mit den besten Siegeschancen wäre Genscher.

Dann wäre ein Stück Machtwechsel vollzogen – wie 1969 mit der Wahl des Sozialdemokraten Gustav Heinemann zum Bundespräsidenten kurz vor dem Eintritt der FDP in eine Koalition mit den Sozialdemokraten. Dann wäre allerdings auch die CDU/CSU mit der FDP zu Ende, die Union – das war allen in der Runde klar – würde die Große Koalition ansteuern.

Er habe ja nichts zu verlieren, unkte Kohl. Wenn er nicht mehr Kanzler werden könne, so Kohl, dann sei das nur ein etwas vorgezogener Abschied von der

Macht, die er ohnehin während der nächsten Legislaturperiode an einen Nachfolger abgeben wolle. Die äußere Einheit habe er geschaffen, die innere Einheit würde er dann nicht mehr bewerkstelligen haben. Das sei das einzige, was ihn schmerze.

Letztlich recht behalten hätte dann auch Heitmann. Im November 1989, während der Wende, hatte der Chef des protestantischen Bezirkskirchenamtes Dresden mehrfach beim gemeinsamen Mittagssmahl seine Mitarbeiter vor Kohl und der CDU gewarnt: Der Bonner Kanzler verstehe nicht viel vom Regieren. Die Ostdeutschen sollten sich hüten, auf die Verheißungen Kohls hereinzufallen.

Er jedenfalls, so Heitmann damals, wolle nichts mit der CDU zu schaffen haben, sie selbstverständlich auch nicht wählen. □

„Ein Held war er nicht“

Steffen Heitmann über seine Rolle zur Wendezeit

Heitmann, 49, nimmt Stellung zum Bericht des SPIEGEL 37/1993.

Die diffamierende Absicht des Artikels über mich in SPIEGEL 37/1993 ist so offenkundig, daß eine Reaktion hierauf eigentlich überflüssig ist. Einige Details aus meiner Biographie, an denen mir liegt, sind jedoch schlicht falsch und bedürfen der Richtigstellung:

▷ Ob es vier oder fünf Reisen waren, die ich zwischen 1983 und 1989 in den Westen machen durfte, weiß ich im Augenblick nicht mehr genau. Ich werde demnächst meine alten Kalender und Reisepässe durchforsten, um der interessierten Öffentlichkeit – selbstverständlich über den SPIEGEL – eine vollständige Liste meiner Reisep Privilegien vorzulegen. Sicher ist jedenfalls, daß ich Stuttgart erst im Januar 1990 kennengelernt habe.

▷ Richtig ist, daß ich am 8. Oktober nicht unter den Demonstranten war, die auf der Prager Straße in Dresden eingekesselt

wurden und aus denen die „Gruppe der 20“ entstand. Am Nachmittag dieses Tages waren mein Sohn und ich mehrfach durch Polizeiketten gehindert worden, zum Ort des Geschehens zu gelangen. In der Oper war ich an diesem Tage nicht.

▷ Die „Gruppe der 20“ entstand am 8. Oktober 1989 abends. Im Laufe des 9. Oktober rief mich Superintendent Ziemer von der Kreuzkir-

che an und fragte mich, ob ich zur Beratung der Gruppe bereit sei. Seit dem Abend des 9. Oktober bis zu ihrer Auflösung habe ich die Gruppe beraten. Es trifft nicht zu, daß der damalige OB Berghofer mich dazu aufgefordert hätte. Vor dem Oktober 1989 hatte ich meines Wissens ein einziges Gespräch mit Berghofer zusammen mit den drei Superintendents der Stadt.

▷ Die Anzeige wegen Wahlfälschung gegen OB Berghofer habe ich lediglich mitunterzeichnet, um ihr ein größeres Gewicht zu verleihen. Verfaßt worden ist sie von einem der anderen drei Unterzeichner.

Im übrigen bin ich gern bereit, Ihnen für weitere biographische Beiträge Namen von Menschen zu vermitteln, die mich nicht ausstehen können und weitere interessante Details aus meinem Leben für die Öffentlichkeit beizubringen in der Lage sind.

Uneingeschränkt stimme ich Ihnen zu bei der Feststellung über mich: Ein Held war er nicht!



SPIEGEL-Leser Heitmann: „Nicht in der Oper“